II R 24/19 - Abziehbarkeit von Zahlungen an beeinträchtigte Nach- bzw. Vertragserben

Im Streitfall hatten die Eltern des Klägers ihre Söhne als Nacherben nach dem letztversterbenden Elternteil eingesetzt. Nach dem [Tod](#) des Vaters schenkte die [Mutter](#) dem Kläger ein [Grundstück](#) aus dem Nachlassvermögen. Einer seiner Brüder machte nach dem [Tod](#) der [Mutter](#) deswegen gegen den Kläger zivilrechtliche Herausgabeansprüche geltend. Aufgrund eines Vergleichs leistete der Kläger zur Abgeltung sämtlicher wechselseitiger Ansprüche eine [Zahlung](#).

Der Kläger begehrte rückwirkend die steuermindernde Berücksichtigung dieser [Zahlung](#) bei der Besteuerung der von der [Mutter](#) erhaltenen Schenkung. Das Finanzamt lehnte dies ab. Dagegen haben das [Finanzgericht](#) und der BFH dem Kläger Recht gegeben.

Nach Auffassung des BFH handelt es sich bei den Zahlungen zur Abwendung von Herausgabeansprüchen von [Erben](#) oder Nacherben um Kosten, die dazu dienen, das Geschenkte zu sichern. Sie können daher steuermindernd rückwirkend berücksichtigt werden. Ein bereits ergangener Schenkungsteuerbescheid ist entsprechend zu ändern.

Urteil vom 06.05.2021, [II R 24/19](#); PM 35/2021